

## **DIE FUNKTIONEN DER STEUERN DER UNTERNEHMEN IM UNGARISCHEN WIRTSCHAFTSMECHANISMUS**

DR. JÁNOS TÓTH

Die Einnahmen des ungarischen Staatsbudgets stammen bis zu etwa 75% aus Steuern und der Hauptteil der Einzahlungen kommt von den Betrieben. Bei dem heutigen System der Wirtschaftslenkung erfüllen die Steuern nicht nur die Funktion des Einkommenentzuges, sondern spielen gleichzeitig eine wichtige Rolle bei der Orientierung der Unternehmenstätigkeit, sowie bei der Verwirklichung des Prinzips der materiellen Interessiertheit und bei der Lösung zahlreicher volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben. Deswegen betrachten wir die Steuern als ein Mittel der Wirtschaftslenkung und der Einkommensregelung.

Es folgt aus der Kompliziertheit der wirtschaftlichen Beziehungen, dass die Betriebssteuern, die als indirekte Lenkungsmittel verwendet werden, auch andere vielfältige Aufgaben erfüllen, so sind ihre Wirkungen z.B. auf mehreren Gebieten der Wirtschaft spürbar. Es wäre sehr schwierig, eine Reihenfolge nach der Wichtigkeit der Funktion für die einzelnen Gebiete aufzustellen, sowie ein solches System als etwas Beständiges anzunehmen. Nicht nur das Stuersystem verändert sich, sondern auch die Funktionen, die es erfüllt, verändern sich und können sich ständig verändern. Die Erzielung der einzelnen volkswirtschaftlichen Zielen werden nicht nur durch die Steuern gefördert, sondern auch durch andere Mittel der Einkommensregelung, darunter durch das Preissystem, die Bildung von Betriebsfonds, durch die verschiedenen Formen der staatlichen Subvention und auch durch das Bank- und Kreditsystem.

Untersucht man die Funktion der Betriebsbesteuerung, so kann man feststellen, dass man nur bei einzelnen Funktionen darüber sprechen kann, dass die Steuern eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung der bestimmten Aufgaben spielen. In den meisten Fällen übernehmen sie nur einen Teil von der Verwirklichung des gegebenen volkswirtschaftlichen Zieles, nur gemeinsam mit den anderen Mitteln der Einkommensregelung erreicht man die erwünschten Ziele.

Im Rahmen unserer Studie untersuchen wir die Funktionen der ungarischen Betriebsbesteuerung:

- bei der Sicherung der öffentlichen Einnahmen,
- bei der Wirtschaftslenkung,

- bei der Realisation der Interessenverhältnisse,
- bei der Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität,
- bei der Förderung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen,
- bei der Weiterentwicklung der Betrieben,
- bei der Durchsetzung Selbständigkeit der Betrieben,
- bei der Regelung der Personaleinkommen,
- bei der Einschränkung der unerwünschten Tätigkeit und
- bei der Finanzierung der Räte.

*a) Die Funktion der Steuern bei der Sicherung der Staatseinnahmen*

Von dem Begriff der Steuer ausgehend, dass nämlich die Steuer „eine Art der Staatseinnahme“ ist, beschäftigen wir uns zuerst mit dieser Funktion. Wenn wir das System der Einnahmen in den sozialistischen Ländern studieren unabhängig davon, ob sich um ein direktes oder indirektes Lenkungssystem, oder um eine geänderte Form des Systems handle, können wir feststellen, dass die Einnahmen bis zu dreiviertel, oder zu noch grösserem Teil aus dem sozialistischen Sektor, überwiegend aus den staatlichen Unternehmen stammen. Aus diesem Gesichtspunkt unterscheiden sich die zwei Lenkungsmechanismen nur formell, dem die Einzahlungen aus den oben erwähnten Quellen gliedern sich in drei, fünf, sieben oder eventuell in zwanzig Einzahlungsarten. Bei dem Vergleich der verschiedenen Systeme der Wirtschaftslenkung kommt man zu der Schlussfolgerung, dass man den gleichen Anteil des Geldentzuges durch drei, fünf oder zwanzig Steuern erreichen kann. Die Rolle der Steuern – oder mindestens eine ihrer Aufgaben – ist die Zentralisierung der Geldmitteln. Da es auch mit Hilfe von drei verschiedenen Steuern gelöst werden kann, ist es überflüssig, zwanzig verschiedene Steuern zu verwenden, dies wäre nur dann der Fall, wenn man kein anderes Ziel hätte, als bloss die Sicherung der Einnahmen. Wenn aber die Steuern, unserer Absicht nach, auch andere Funktionen zu erfüllen haben, und wir nehmen in Betracht, dass mit Hilfe einer einzigen Steuer nur einige Aufgaben erfüllt werden können, dann braucht man eine Vielzahl von Steuern, und zwar abhängig von dem Zahl der zu erreichenden Zielen. Wir wissen, dass auch die Lenkung und die Wirtschaftslenkung eine vielfältige Aufgabe bedeuten. Und man kann nur einen Teil mit Hilfe der Steuern regulieren. Aus der Verwendung der Steuern als Mittel der Lenkung resultiert die Zunahme der Zahl der einzelnen Steuern. Deswegen ist unser System der Betriebsbesteuerung so reich an Steuern.

Die Rolle der Betriebssteuern unter den Staatseinnahmen studierend, können wir feststellen, dass nicht nur der Entzug, bzw. der Anteil der Einzahlungen unabhängig vom System der Wirtschaftslenkung etwa das Gleiche ist, sondern auch, dass mit der Veränderung des Lenkungssystems Verhältnis zwischen den Einnahmensarten sich verlagert. Diese Feststellung möchten wir mit Hilfe der folgenden Tabellen – die auf dem jährlichen Budgetgesetz basieren – erläutern:

## I.

Budgetjahr	Staatseinnahmen (in tausend Forint)	Betriebseinzahlungen (in tausend Forint)	in Prozenten
1955	46 961 362	33 654 000	71,6%
1960	67 713 086	54 994 000	81,2%
1967	104 750 173	85 859 000	80,0%
1968	137 282 000	115 429 000	84,1%
1975	318 498 000	234 660 000	73,7%
1976	335 000 000	255 210 000	76,1%
1979	407 200 000	321 400 000	78,9%
1980	423 500 000	298 029 000	70,5%

Die Tabelle beweist die entscheidende Bedeutung der Betriebseinzahlungen in den beiden Lenkungssystemen, gleichzeitig unterstützt sie unsere Meinung über die Gleichheit des Entzugs.

Ergänzend müssen wir bemerken, dass die Auswahl der betroffenen Budgetjahren nicht rein zufällig erfolgte, sondern dies hing mit der Veränderung des Systems der Wirtschaftslenkung zusammen. Deswegen enthält die Tabelle die Daten der Jahre 1967 und 1980, sowie der Jahre 1975, 1976 und 1979, 1980. Die bedeutenderen Änderungen des Lenkungssystems in den Jahren 1968, 1976, 1980 drücken viel mehr die Verschiebung des Gewichtes der einzelnen Formen des Entzugs aus und weniger das Verhältnis Anteile. Dies soll die folgende Tabelle beleuchten:

## II.

Steuergattung	Jahr des Einzahlungen und die Summe (in milliarden Forint)			
	1975	1976	1979	1980
Gewinnsteuer .....	98,0	76,6	90,8	82,2
Lohnzuschläge .....	25,4	37,0	46,6	37,299
(Sozialversicherungsabgabe + Lohnsteuer) ..			(15,5)	
Verbrauchsumsatzsteuer .....	26,6	27,1	39,9	65,5
Produktionsfondsabgabe .....	22,0	23,6	30,6	
Investitionsbeitrag .....	1,4	1,2	—	1,8
Innen- und assenwirtschaftliche Steuern ...	6,1			
Zoll .....	15,6	16,5		
Importumsatzsteuer .....	5,0	11,1	28,0	23,1
Der zentralisierte Teil der Amortisation ...	7,3	7,7	9,8	11,7
Stadt- und Gemeindebeitrag .....	6,5	5,6	7,8	10,0
Die Gebühr der Erlaubnisse für Wareneinlieferung .....	2,4			
Produktionsdifferenzialumsatzsteuer .....	—	—	—	54,6
Produktionssteuer .....	25,5	43,1	55,6	13,8

Die Änderungen bei dem Volumen und bei der Proportion der einzelnen Einnahmensegmenten deuten nicht auf die Veränderung der Funktion



Staatseinnahmen an, sondern auf die Veränderung bei der Erfüllung anderer Funktionen. Die volumenmässige Änderungen, die Abschaffung einzelner Steuern und die Einführung neuer Einzahlungsformen brachten eine wesentliche Umgestaltung bei der Gasamptproportion des Entzugs nicht mit sich. Die Summe bleibt annähernd unverändert, aber die Formen und die inneren Proportionen des Entzugs sind unterschiedlich.

Daraus können wir die Folgerung ziehen, dass die wichtigste Funktion des Betriebseinzahlungen — unabhängig davon, ob sie eine Art von Steuern verkörpern, oder nicht — in beiden Systemen der Wirtschaftslenkung in der Sicherung der Staatseinnahmen besteht, da die Veränderung bei den Formen und Proportionen der Einzahlungen keine wesentliche Wirkung auf die Proportion des Entzugs ausübt. Die Frage der Zentralisierung können wir viel mehr mit der Verschlechterung uder Gesundung der wirtschaftlichen Lage und mit der damit verbundenen Liberalisierung oder Verschärfung in Zusammenhang bringen. Je ernster die wirtschaftliche Lage ist, desto mehr muss man die wirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge in Betracht nehmen und auf die Erfüllung der festgelegten Aufgaben achten. Es verlangt verschiedene Massnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftung, und zwar mit Hilfe ökonomischer Mittel, das anders ausgedrückt die Zunahme der Zahl der Einmischungen bedeutet, und dies kann auf dem Gebiet der Finanzwesen geschehen.

#### *b) Die Funktion der Steuern bei der Wirtschaftslenkung*

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass die Verwändung der Steuern immer eine Wirkung auf die Wirtschaftung, auf das wirtschaftliche Leben ausübt, und die Gestaltung der einzelne Gebiete, Städte oder Tätigkeiten günstig oder nachteilig beeinflusst. Die Funktion der Steuer als wirtschaftlichen Einflussmittels gab es schon, als die Geldwirtschaftung noch nicht allgemein verbreitet war. Diese Rolle verstärkte sich in der warenproduzierenden Gesellschaft, ihre konkrete Zeichen sind sowohl in der warenproduzierenden Gesellschaft, ihre konkrete Zeichen sind sowohl in den kapitalistischen, als auch in den zosialistischen Gesellschaften zu finden.

In dem sozialistischen Wirtschaftsleben bekam diese Funktion der Steuer eine immer grössere Rolle, als die Geldverhältnisse in der Wirtschaft und bei der Messung der Wirtschaftlichen Ergebnisse einen immer hervorragenden Platz einnahmen. So bekommen die Steuer in dem indirekten Lenkungssystem — gemeinsam mit Preis, Kreditgewährung und den Investitionsregelungen — eine wichtige Aufgabe als indirektes Mittel der Lenkung. Im Wirtschaftssystem, das auf das sogenannte Plananweisungssystem folgte, bleibt die zentrale (staatliche) Lenkung erhalten, aber nur auf indirekte Weise, man könnte sagen, dass die Betriebsleiter alle Faktoren, die ihre Wirtschaftung beeinflussen, in Betracht ziehen müssen, sie müssen deren annehmbare Wirkungen berechnen und auf deren Grund ihre Entscheidungen treffen.

Eine Gruppe der indirekten Einflussmittel besteht aus Steuern. Wie wir schon oben erwähnten, dienen diese Steuern erster Linie dem

Ziel des Entzuges, sie vermindern also auf jeden Fall die Einnahmen der Betriebe. Teils sind sie abhängig von der Wirksamkeit der Wirtschaftung, andere sind unabhängig davon. Falls wir die Einnahmenssystemen der sozialistischen Länder vergleichen, oder das direkte und das indirekte Lenkungssystem in Ungarn studieren, können wir feststellen, dass die Zentralisierung des Nationaleinkommens mit Hilfe einiger oder mehrere Duzend Einnahmensformen verwirklicht werden kann. Im heutigen ungarischen Einnahmenssystem vermehrten sich die Einnahmensformen im Vergleich zum Anfang der Fünfziger Jahre auf das zehnfache, falls wir das spezifische System der Einkommensregelung auch in Betracht nehmen. Eine derartige Vermehrung der Zahl der Einnahmen kann keinesfalls mit deren Sicherung und mit der Vermeidung der Uniformierung begründet werden. *Die Zunahme der Zahl der Steuern steht mit den durch ihnen erfüllten neuen Aufgaben in Zusammenhang.* Da diese Aufgabe — wie wir darauf schon öfters hingewiesen haben — keinesfalls zur Sicherung der Einnahmen gehören kann, ist es sinnfällig, dass sie nur mit dem Einfluss der Wirtschaftstätigkeit verbunden sein kann.

Studiert man die Wirkung der Steuern auf das Wirtschaftsleben, so kann man feststellen, dass die Folgen spürbar werden:

- a) in der Gesamtheit der Wirtschaftung, so auch bei der Bestimmung derer Entwicklung; und
- b) in den einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Produktion, von der Beschaffung der Materialien und deren Verarbeitung sogar bis zum Verkauf.

In der ersten Gruppe befinden sich die sogenannte allgemeine Wirkung auslösenden Steuern, die zweite Kategorie beinhaltet die spezifischen Teilaufgaben erfüllenden Steuern. Als Folge der allgemeinen Einwirkung sind zwei Wegen, also eine Wahlmöglichkeit für die Betriebsleitung gegeben:

- a) teils können sie perspektivische, vorteilhafte Ziele entdecken:
- b) teils aber tauchen gewisse Grenzen, Verbote, solche Umstände auf, die die Wirtschaftstätigkeit ungünstig beeinflussen und die Betrieben dazu anregen, die Begegnung, den Zusammenstoß mit diesen Faktoren zu vermeiden, oder ihn auf möglichst minimal zu senken.

Im übertragenen Sinne können wir uns die Masse der Betriebssteuern als Mittel der mittelbaren Lenkung, so vorstellen, dass sie sich auf den zwei Seiten des — vom Staat als richtig erklärten — Weges befinden, und nur die Abweichung von diesem Weg von dem Staat so sanktioniert wird, bzw. die Folgung des richtigen Weges so subventioniert wird, dass die Betriebe bei einer Abweichung von der staatlich erzielten Richtung höhere Steuern tragen müssen. Die Betriebe werden durch die Steuern, sowie durch ihre Erhöhung gezwungen Pläne auszuarbeiten, die mit den staatlichen, gesamtgesellschaftlichen Interessen übereinstimmen.

Die Steuer als Lenkungsmittel bedeutet einen indirekten wirtschaftlichen Zwang für die Betriebe und für das Kollektiv des Betriebs. Es ist



aber auch charakteristisch — und man darf es nicht ausser Acht lassen —, dass die Funktion der Wirtschaftslenkung und auch andere Funktionen durch die Gesamtheit der finanziellen Mittel erfüllt werden. Unter diesen finanziellen Mitteln hat die im Rahmen dieses Artikels analysierte Steuer nur eine Teilaufgabe.

Unter den Zielen, die die Betriebe erreichen wollen, spielt die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effektivität eine bedeutende Rolle. Der erzielte Gewinn wird durch die Gewinnbesteuerung unter dem Staat und dem Betrieb verteilt. Je grösser der Gewinn ist, desto mehr bleibt bei dem Betrieb und über die Verwendung entscheidet der Betrieb selbstständig.

Neben der Gewinnsteuer, die am häufigsten als Lenkungsmittel eingesetzt wird, kann man auch die Wirkung anderer Steuern fühlen, die zur Lösung oder Förderung irgendwelcher Teilaufgabe oder einer Zielsetzung erhoben wurden. Es kann sich auch in Form von Steuerbefreiung verkörpern. So fördert z.B. die Schaffung finanzieller Quellen zur Verwirklichung der betrieblichen Entwicklungspläne, das lohnpolitische Abgabesystem fördert die Sparsamkeit mit den Arbeitskräften, usw. Die Gesamtwirkung der Steuern kann man also als Wirtschaftslenkungs- und Orientierungsmittel betrachten. Daraus folgt unter anderem:

die Steuern haben a) eine abstrakte oder indirekte Einflussrolle und

b) eine andere Rolle, die mit der Wirtschaftlichen Tätigkeit in direktem Zusammenhang steht.

Deswegen denken wir bei der Funktion der Steuern als Wirtschaftslenkung auf die erste, allgemeine Wirkung, die durch Teilaufgaben zur Geltung kommt. Die Gesamtwirkung, die wir wegen der Analyse getrennt haben, besteht aus der Gesamtheit der verschiedenen Funktionen, die eine Wechselwirkung aufeinander ausüben. So können die folgenden Funktionen nicht von der Funktion, Wirtschaftslenkung, getrennt werden.

*c) Die Funktion der Steuern bei der Realisation der Interessenverhältnisse*

Es ist eine elementare Frage der Wirtschaftspolitik, dass die Interessenverhältnisse, die verschiedenen Erscheinungsformen der Interessiertheit die wichtigsten Bewegungskräfte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse ist untrennbar von der materiellen Interessiertheit derer, die bei der Beschaffung mitwirken. Die bisherigen Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaftung beweisen, dass die Vernachlässigung der materiellen Anreize, und die der Interessiertheit die wirtschaftliche Entwicklung nachteilig beeinflusst. Es genügt nicht, ausschliesslich die moralischen Anreize anzuwenden. Die Harmonie der verschiedenen Interessen darf nicht verletzt werden.

Als allgemeines Prinzip der sozialistischen Betriebsbewirtschaftung kann man also annehmen, dass:

a) zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Interessenverhältnisse ein gewisser Zusammenhang besteht;

- b) die Interessenverhältnisse können einen materiellen, moralischen und politischen Charakter haben;
- c) sie können in Form von gesamtsozialem, kollektivem und individuellem Interesse zur Geltung kommen;
- d) zwischen den verschiedenen Interessenverhältnissen kommt eine Harmonie zustande, und sie üben ihre sozial wünschenswerten Wirkungen gemeinsam aus;
- e) die Auflösung der Ordnung ihrer harmonischen Anwendung, also die Hervorkehrung des einen oder anderen Interesses (des materiellen, moralischen usw.) oder die ausschliessliche Anwendung des einen oder anderen Interesses bringen eine ungünstige Wirkung nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch im politischen Leben mit sich, und dies kann auch zu einer moralischen Desintegration führen.

Die Gestaltung der Interessenverhältnisse in der sozialistischen Betriebsbewirtschaftung studierend, können wir feststellen, dass im Laufe der Geschichte eine lange Zeit hindurch: a) die gesamtsozialen Interessen in den Vordergrund traten, und zwar auf Kosten der betrieblichen, besonders der individuellen Interessiertheit, b) die moralische, politische Interessiertheit die materielle Interessiertheit in den Hintergrund drängten.

Die richtige Erkennung der Interessenverhältnisse, die Hervorkehrung der Rolle der Waren-Geldverhältnisse machten die Entfaltung eines richtigen Systems der Einkommensregelung möglich, welche die Interessenverhältnisse zur Geltung bringen lässt.

Wenn wir das betriebliche Steuersystem analysieren, steht unsere Analyse mit der Geltendmachung des Prinzips der materiellen Interessiertheit in Zusammenhang. Es ist offensichtlich, dass die richtige Anwendung der materiellen Interessiertheit weitgehende moralische und politische Konsequenzen zeitigt – unter anderem, weil das Sein das Bewusstsein bestimmt –, d. h. ein richtiges System der materiellen Anreize beeinflusst das moralische und politische Gesicht auch günstig.

*Die wichtigste Aufgabe der Betriebsbewirtschaftung, der indirekten Lenkungsmittel, so der Steuern ist also die Sicherung der Interessiertheit und deren Harmonie.*

Die materielle Interessiertheit – wie wir schon erwähnt haben –, kann in drei Hauptteilen gespalten werden. Es gibt also:

- eine gesamtsoziale (staatliche) Interessiertheit
- eine betriebliche (betriebliche kollektive) Interessiertheit und
- eine individuelle Interessiertheit, eine Interessiertheit der Arbeitnehmer, der Arbeiter und der Leitung.

Die Wirtschaftsreform von 1968 berücksichtigte die Durchsetzung dieser drei Prinzipien der Interessiertheit bei dem Zustandebringen des Einkommenregelungssystems und des betrieblichen Steuersystems.

Die Geltendmachung der materiellen Interessiertheit zeigt sich dadurch, dass das im Betrieb hergestellte Nationaleinkommen



- a) im überwiegenden Masse zentralisiert wird,
- b) die Betriebsinteressen kommen zur Geltung und die Materialfonds, die die selbständige betriebliche Entscheidung und Wirtschaftung begründen, werden gesichert,
- c) die materielle Interessiertheit der Einzelpersonen (der Arbeiter und der Leiter des Betriebs) wird durch die Schaffung der finanziellen Quellen gesichert.

*ad a)* Die zentrale Lenkung, die Unzahl der vom Staat wahrgenommenen Aufgaben (unter ihnen auch die wirtschaftlichen Aufgaben) beanspruchen die Zentralisierung der Mittel. Der Staat besorgt dies mit Hilfe der Steuern. Nach den heutigen ökonomischen Vorstellungen – bzw. gemäss den Grundkonzeptionen der Wirtschaftslenkung und der Einkommensverteilung – sollen mehr als 70% der verteilbaren Mittel zur zentralen Verwaltung geraten, der übrige Teil kann bei den Betrieben bleiben.

Die Zentralisierung des Gewinnes realisiert der Staat in erster Linie mit Hilfe der Gewinnbesteuerung, wo die drei Steuern (15% kommunale Abgabe, 45% Gewinnabgabe und eine progressive Gewinnsteuer), die den Gewinn direkt belasten, beinahe diese Aufgabe erfüllen.

Es bedeutet aber nur eine der Quellen der Staatseinnahmen, und macht etwa eindrittel der betrieblichen Budgeteinzahlungen aus. Eine bedeutende Rolle spielen noch die Umsatzsteuer, die Differenzialproduktionsumsatzsteuer, der Zoll usw. Die Zentralisierung verknüpft sich also nur teils mit der Wirksamkeit der Wirtschaftung, so mit der Geltendmachung des Prinzips der materiellen Interessiertheit.

*ad b)* Die Schaffung der betrieblichen Interessiertheit hängt teils mit dem Erfolg der Betriebswirtschaftung (mit dem betrieblichen Gewinn) zusammen, teils verwirklicht sie sich unabhängig davon. Da die verschiedenen Gebieten des Einkommenregelungssystems miteinander in Zusammenhang stehen, ist die betriebliche Interessiertheit ausserdem

- mit der betrieblichen Fondsbildung und
- mit der Verwendung der betrieblichen Fonds verbunden.

Die materiellen Quellen, die die selbständigen Entscheidungen der Betriebe sichern, befinden sich formell in den verschiedenen betrieblichen Fonds. Diese Fonds werden teils abhängig von dem betrieblichen Gewinn (Reservefonds, Anteilfonds, Entwicklungsfonds, Prämiefonds der Betriebsleiter) teils unabhängig davon (Preisrisikofonds, Garantiefonds, technische Entwicklungsfonds) gebildet. Die Fonds sind – unabhängig von ihren Quellen – untrennbar von den Betriebsinteressen. Dies gilt für alle Fonds. Der technische Entwicklungsfonds z.B. begründet die Zukunft des Betriebs durch die Finanzierung der Forschung, neuer Technologien, oder der Preisrisikofonds fördert den Verkauf der überflüssigen Vorräte und erhöht die Umlaufgeschwindigkeit, usw.

*ad c)* Die meist bekannte Form der Interessiertheit, derer Wirkung unmittelbar zur Geltung kommt, ist die individuelle, materielle Interessiertheit, die heutzutage – was die materiellen Quellen anbelangt – in zwei Hauptformen existiert.



Die materielle Interessiertheit — der Betriebsleiter und  
— der Arbeiter.

Die materielle Interessiertheit der Betriebsleiter und die Sonderregelung kamen im Rahmen der Reform schon von Anfang an zur Geltung, aber ihre Behandlung, als besonderer Fonds ist nur ein Resultat der Modifizierung von 1980. Bei der Erörterung des Themas möchten wir jetzt — ohne eine Analyse der zwei oben erwähnten Fonds zu geben — darauf hinweisen, dass sich die materielle Interessiertheit der Einzelpersonen nicht ausschliesslich mit diese zwei Fonds verknüpft sein kann. Neben dem Anteilfonds und dem Prämiefonds der Mitarbeiter auf leitendem Posten:

— schliessen sich der Wohlstand — und Kulturfonds, sowie der Wohnungsfonds in direkter Weise dem Prämiefonds der Einzelpersonen an;

— andere Betriebsfonds dienen den individuellen Interessen auf eine andere Weise.

Die Anwendung des Entwicklungsfonds, des technischen Entwicklungsfonds, usw. dient den Betriebsinteressen, aber es ist unleugbar, dass das so entstandene Ergebnis eine Wirkung auf die direkte, individuelle Interessiertheit ausübt. Deswegen finden wir die Aufteilung der Betriebsfonds in zwei Teile — Interessen und sonstige Fonds — nicht richtig, weil schliesslich alle Betriebsfonds im Dienste irgendwelcher Form der Interessiertheit stehen. Der Zusammenhang zwischen den Fonds und der Betriebswirtschaftung, man könnte sagen die Wechselwirkung der Fonds hängt auf jeden Fall mit der materiellen Interessiertheit der Mitarbeiter zusammen.

*Zusammenfassend* können wir feststellen, dass die Betriebsbewirtschaftung untrennbar von den Interessenverhältnissen ist, und dass das Steuersystem, besonders die Regeln der Gewinnaufteilung und der Besteuerung eine entscheidende Rolle in der Regelung der gesamtsozialen, der betrieblichen, sowie der individuellen materiellen Interessiertheit spielen.

*d) Die Funktion der Steuern zur Förderung der erhöhten wirtschaftlichen Effektivität*

Die internationalen Beziehungen, die Offenheit der ungarischen Wirtschaft, das niedrige Niveau der Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt stellen die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und im Interesse deren Verwirklichung die Modernisierung der Warenstruktur und die Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität als grundlegende Forderung an die Wirtschaftslenkung.

Die Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität ist die Voraussetzung des weltweiten Sieges der sozialistischen Verhältnisse. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, die gesamtstaatliche Enteignung erhöht schon die Effektivität der sozialistischen Wirtschaften gegenüber den vorherigen Wirtschaftsordnungen — ihr hervorragendes Entwicklungstempo bewies es schon —, doch ist dies nicht genug, um das Niveau der kapitalistischen Effektivität zu überbieten, dazu muss man auch die technischen Möglichkeiten schaffen, also man muss erreichen, dass sich

die sozialistischen Wirtschaften nicht nur bezüglich der Eigentumsverhältnisse, sondern auf allen Gebieten der Wirtschaft den kapitalistischen Ländern anschliessen und später die kapitalistische Produktion überbieten. Die Frage der Effektivität trat infolge der Preisexplosion der Rohstoffe in den Jahren 1973–1974, und wegen der seitdem ständig steigenden Rohstoffpreise in den Vordergrund, weil sich die Tauschverhältnisse des Landes sowohl in westlicher, als auch in östlicher Relation verschlechterte, bzw. sich verschlechtern. Unser Land hat eine hohe Rohstoffeinfuhr und die Ausfuhrpreise erhöhten sich nicht gleichmässig. Man muss sich dagegen schützen, da die Verschlechterung der Proportionen einen bedeutenden Teil des hergestellten Nationaleinkommens verzehrt, so wir können unsere Pläne bezüglich der Erhöhung des Lebensstandards nicht, oder nur mit Hilfe im Ausland aufgenommenen Kredite erfüllen (welche Kredite später zurückgezahlt werden müssen).

Die Erhöhung der Effektivität steht nicht ausschliesslich wegen der Aussenhandelsbeziehungen unseres Landes im Vordergrund unserer Wirtschaftspolitik, die inneren Verhältnisse fordern es ebenso, sie ist nämlich die einzige Quelle, worauf wir unsere Lebensstandardpolitik gründen können. Anders gesagt, der Wunsch zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität begann nicht mit der Verschlechterung von terms of trade und es ist auch nicht deren Folge. Es gehört zum Wesen der sozialistischen Wirtschaft.

Das indirekte Lenkungssystem führte die Betriebe schon von Anfang an in diese Richtung. Die wirtschaftliche Effektivität verkörpert sich am besten durch den von den Betrieben erzielten Gewinn.

*Die Gewinnorientierung* — als wichtigstes Anzeichen der Betriebstätigkeit — *erfüllt ihre Rolle nur in dem Falle, wenn sie tatsächlich die Folge der Produktionseffektivität darstellt.* Der Staat bestimmt zur Sicherung eines solchartigen Gewinnes:

- die Prinzipien und Regeln der Preisbildung und damit im Zusammenhang den zu erzielenden Gewinn,
- verbietet die Erreichung unlauterer Nutzen und
- entzieht in Form von Steuern den Teil des Gewinnes, der nicht aus der Betriebstätigkeit stammt.

Neben der Errichtung des Gewinnes steht auch dessen Aufteilung im Dienste der Effektivität. Es gab Zeiten, als wir den betrieblichen Gewinn gemäss der Proportion der toten und lebendigen Arbeit aufteilten, d. h. auf einen verteilbaren und einen Akkumulationsteil. Heute hängt die Bestimmung der Proportionen von den betrieblichen Entscheidungen ab.

Die betriebliche Selbständigkeit und die Verantwortlichkeit der Betriebsleiter erhöhte sich durch die gegenwärtige Ordnung der Gewinnaufteilung. Die Tatsache, dass wir die Abgabefreiheit auf den Teil des Gewinnes sichern, der in den Entwicklungsfonds fliesst, schufen wir die Möglichkeiten und die günstigen Voraussetzungen für die Betriebe zur Umgestaltung der betrieblichen Produktion. Die Freiheit der Gewinnaufteilung sichert breite Möglichkeiten auch zur freien Manövrierung mit der



toten und lebendigen Arbeit, d. h. die Betriebsleiter können selbst die günstige Richtung zur Weiterentwicklung auswählen und dazu können sie auch die Schöpferkraft des betrieblichen Kollektivs benützen, das eine nicht materielle Quelle bedeutet und sich schliesslich in die materiellen Kräfte verwandelt.

Das staatliche Ansehen der Effektivität der Betriebswirtschaft, bzw. die Stimulierung zur effektiven Wirtschaftung drücken sich in der Gestaltung, bzw. in der Bildung des persönlichen Einkommens (einschliesslich die Prämien) aus.

Zwei betriebliche Fonds dienen technisch zur direkten Finanzierung der oben erwähnten Ziele seit 1980:

- der Prämiefonds für Betriebsleiter in leitender Stellung und
- der Anteilfonds.

Seit der Einführung der Wirtschaftsreform 1968 bedeuteten die Formen der Entlohnung der Betriebsleiter ein Problem.

Die überdurchschnittliche Entlohnung der Leiter muss nicht eingehend begründet werden. Es ist genug, wenn wir die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Vorstellung der Regierung in entscheidender Masse auf das Verhalten der Betriebsleiter ankommt, so bedeutet die Sicherung der materiellen Interessiertheit der Betriebsleiter in der Verwirklichung der Zielsetzungen zugleich die Voraussetzung zur Realisation der Pläne. Die Prämierung der Leiter knüpft sich der Effektivität an, indem der Minister, der die Aufsicht führt, die Grössenordnung der Prämie davon abhängig feststellt.

Die Bildung des Anteilfonds, bzw. die Gestaltung dessen Quellen und die Effektivität stehen durch zwei Kanäle in Verbindung. Die Betriebe müssen eine progressive Gewinnabgabe nach dem aus dem Gewinn gebildeten Anteilfonds bezahlen. Nach dem — der 4% der Lohnkosten entsprechenden — Gewinnanteil hängt aber die Höhe der progressiven Gewinnsteuer von der betrieblichen Effektivität ab. Je besser die Kennzahlen der Effektivität sind, desto niedriger ist die progressive Gewinnsteuer. Die Betriebe mit höherer Effektivität können also ihren Anteilfonds günstiger bilden, das bedeutet, dass der Staat bei der Bestimmung der Quellen für die Auszahlungen der Löhne und lohnähnliche Auszahlungen differenziert. Er fördert und stärkt weiter die besseren Betriebe, die weniger effektiven Betriebe stellt er auf den Scheideweg, und übt einen Zwang zur effektiveren Produktion aus.

Das System der zur Kategorie der sonstigen Einnahmen gehörenden Prämien und Auszeichnungen bildet die zweite Möglichkeit der Anteilfondsbildung und der Anerkennung der effektiven Arbeit.

Die gute Betriebswirtschaft (d. h. die effektive Wirtschaftung) wird durch Prämien und Auszeichnung (bzw. durch beide) von der Regierung und dem Landesrat der Gewerkschaften (SZOT) und dem die Aufsicht führenden Minister anerkannt. Die Prämien, die zu einer Auszeichnung gehören, oder die von dem Aufsicht führenden Minister erteilt werden, werden nicht zu dem Fonds der progressiven Gewinnsteuer, gerechnet, die

steuerfreie Fondsbildung macht also die Erhöhung der personellen Prämien möglich, die Steuerleistung und die Förderung der Effektivität verkörpern sich in indirekter Form, wobei beide geeignet sind, zur effektiven Arbeit zu stimulieren.

*e) Die Steuern als Förderungsmittel der Entwicklung der Aussenhandelsbeziehungen*

Wohl die Hälfte oder ein noch grösserer Teil der jährlich hergestellten Produkte wird durch den Aussenhandel umgesetzt. Die Geschäfte werden im allgemeinen auf Grund zwischenstaatlicher Verträge in fixen Preisen oder in Weltmarktpreisen – auf Grund konvertiblen Verrechnungen – abgewickelt. Da die Verschlechterung der terms of trade eine Wirkung auf unsere Aussenhandelsbeziehungen in aller Relationen ausübt, ist die grundlegende Aufgabe die Schaffung des Gleichgewichtes, bzw. die Ausgestaltung solcher Umstände, die über die Herstellung des Gleichgewichtes hinaus auch die Kontinuität der Rückzahlung unserer Auslandsschulden ermöglichen.

Unserem Preisbildungssystem gemäss muss man den Weltmarktpreis bei zahlreicher inländischen Preisen zur Geltung bringen. Der Staat entzieht den Betrieben einen Teil des Gewinnes durch eine Differenzialproduktionsumsatzsteuer, d. h. jener Teil des Gewinnes wird entzogen, der wegen des Unterschieds zwischen den Inlandpreisen und den Weltmarktpreisen und bei Aufarbeitung gewisser inländischen Materialien entsteht. Die Betriebe können einen Teil dieser Steuer zurückerhalten, wenn die Ausfuhr in die gleiche Relation geschieht.

Bei dieser Funktion der Steuern müssen wir auf Einnahmensformen hinweisen, die die eingeführten Produkte verteuern (die eingeführten Produkte können die Betriebe gleichzeitig zum Produktwechsel, zur Modernisierung der Produktion anregen). Solche Einnahmen sind die Importumsatzsteuer, sowie die Zollabgabe und die Gebühren für die Wareneinfuhrbewilligung. Bei diesen Einnahmensarten (und im wesentlichen können alle drei als Steuer betrachtet werden) kommt nicht die Entwicklung, sondern die selektive, bzw. die beschränkende Funktion und der Wunsch nach Schaffung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes zur Geltung. Der GATT-Beitritt unseres Landes, die Ermässigung der Zölle beeinflussen die internationalen Beziehungen günstig. Und das haben wir durch die Festsetzung begünstigter Zollsätze erreicht. Besser gesagt, das Zollsystem und die Staatseinnahmen aus der Wareneinfuhr bilden kein Hindernis bei der Entwicklung des Aussenhandelsumsatzes.

*f) Die betriebliche Entwicklung fördernde Funktion der Steuern*

Wir haben den Grundzug bei der Besprechung der die Staatseinnahmen sichernden Funktion der Steuer eingehend analysiert, aber gleichzeitig haben wir auch auf die wirtschaftliche Einflussrolle hingewiesen. Diese Wirkung kann eine allgemeine und eine besondere, aber auch eine positive oder eine negative sein. Die betriebliche Entwicklung fördernde Rolle gehört zur Vorherigen. Diese Aufgabe der Betriebsbesteuerung stammt



aus der Erkenntnis, dass die Betriebsbewirtschaftung, die die wichtigste Einnahmensquelle des Staates sichert, im eigenen Interesse (sofern keine anderen Interessen vorhanden sind) nicht nur geschützt werden muss, man muss sie auch entwickeln.

Der Staat soll also darauf achten, dass diese Steuerquelle nicht ausgeschöpft wird, im Gegenteil, sie soll ergiebiger werden, weil der Staat die Schaffung der materiellen Mittel, die er in der Zukunft zur Erfüllung seiner immer grösser werdenden Aufgaben braucht, nur auf diese Weise garantieren kann. In der Verwirklichung dieser Zielsetzung — und es können wir vorhergehend bemerken — sollen die Steuern nicht die wichtigste Rolle spielen. Der Kredit, die Investitions- und Preispolitik haben viel bedeutenderes Gewicht. Die Betriebsbesteuerung hängt aber auf einigen Gebieten mit der Betriebsentwicklung und mit der Förderung der Kräftigung der Betriebe zusammen. Der Zusammenhang zwischen Steuer und Betriebsentwicklung zeigt sich:

- a) in der Struktur der Betriebsbesteuerung,
- b) in der Steuerfreiheit der Entwicklungsfondsbildung,
- c) im gegenseitigen Tragen der Entwicklungslasten und
- d) in der Steuerrückvergütung der defizitären Betriebe.

ad a) Das ganze System der Betriebsbesteuerung, besonders aber die Steuern, die sich mit dem Erfolg des Betriebs verknüpfen, haben eine Grössenordnung, die die betriebliche Weiterentwicklung mit anderen finanziellen Mitteln, besonders mit dem Kreditsystem und mit Hilfe der staatlichen Subventionen gemeinsam ermöglichen. Das System der Entzüge aus diesem Gesichtspunkt studierend, stellen sich zwei spezifische Hauptzüge heraus:

— ein Teil des Erfolges der Betriebsbewirtschaftung bleibt bei dem Betrieb, und dadurch ergibt sich die Möglichkeit für die Betriebe zur gewissen Entwicklung, zur selbständigen Entscheidungen;

— dieser — bei dem Betrieb bleibende — Teil erreicht aber nicht ein Volumen, das die Finanzierung solcher Investitionen ermöglicht, welche die völlige Strukturveränderung mit sich bringen würden.

Diese Funktion des betrieblichen Steuersystems kommt durch die Aufteilung des Gewinnes und die Steuerzahlung zur Geltung. Diese Feststellung bezieht sich auch auf die Teilaufgaben im Rahmen der einzelnen Funktionen (diese Teilaufgaben werden in den folgenden Punkten erörtert).

ad b) Seit Einführung der Wirtschaftsreform ist eine spürbare Tendenz, dass der Staat den Gewinnteil für Betriebsentwicklung — aus Gesichtspunkt der Besteuerung — günstig beurteilt. In der ersten Periode zeigte sich nur in dem günstigen Niveau der Steuerleistung (der Steuersätze), später aber führt es zur völligen Steuerfreiheit, u. z. im Einklang mit der Erhöhung der betrieblichen Selbständigkeit und der Verantwortung der Betriebsleiter.

Die steuerpolitische Konzeption, wonach die Betriebsleiter mit der Aufteilung des aufteilbaren Gewinnes in Anteil- und Entwicklungsteilen betraut werden, stärkert nicht nur die Rolle der Betriebsleiter, sondern

auch die Rolle des betrieblichen Kollektivs in der Gestaltung ihrer Zukunft. Es ist wahr, dass der Staat die übertriebenen Erhöhung des Anteilfonds durch eine progressive Gewinnbesteuerung und durch Lohnentwicklungseinzahlungen beschränkt, er also die ganze Summe des aufteilbaren Gewinnes nicht verzehren lässt, aber durch diese Entscheidungsfreiheit fördert er kollektive Opfervereitschaft (durch die Abfindung mit niedriger Lohnentwicklung) im Interesse der Gestaltung einer besseren Zukunft. Auf diesem Gebiet verknüpfen sich Steuer und Lebensniveaupolitik, wo diese in der Gestaltung der Zukunft der Betriebsarbeiter mitwirken.

Die oben erwähnten Subventionsformen fördern die Realisierung der von uns analysierten Funktion in dem Falle unmittelbar, wenn die Entstehung des Verlustes mit der Betriebsentwicklung im Zusammenhang steht. Dieser Fall kann infolge nicht eingeplanter Gestaltung der Umstände auch eintreten. (Der Zeitraum der Investition kann sich verlängern, und deswegen kann der Gewinn ausfallen, oder die Investition kann die geplanten Kosten übersteigen und dann verzehrt sie den aus anderen Quellen stammenden Gewinnanteil.)

Die Erkenntnis, dass eine solchartige Steuerrückvergütung, bzw. der Verzicht auf Amortisation in erster Linie mit der Schaffung der Rentabilität in Zusammenhang steht, schliesst die Möglichkeit nicht aus, dass diese gleichzeitig mit der Betriebsentwicklung verbunden ist. Diese Fälle haben wir erwähnt, weil sie möglich sind, ferner haben wir das Thema aus diesem Gesichtspunkt behandelt, weil der Verlust auf irgendwelcher Weise mit der Entwicklung verbunden ist (es kann durch die Übertreibung der Entwicklung und durch die Vernachlässigung der Entwicklung zustande kommen). Deswegen kann ein Hinweis auf die Gleichheit der Wirkungen beider Fragen — unser Meinung nach — als gebründet betrachtet werden.

*g) Die Funktion der Steuern in der Begründung der betrieblichen Selbständigkeit*

Als wir die Funktion der Betriebsbesteuerung in der Regelung der Interessenverhältnisse analysierten, haben wir den Zusammenhang zwischen der betrieblichen Interessiertheit und Selbständigkeit erwähnt. Diese zwei Begriffe sind — inhaltlich gesehen — untrennbar. Die Selbständigkeit bedeutet von vornherein differenzierte Interessen. Die Analyse des Zusammenhanges zwischen Betriebsbesteuerung und Selbständigkeit bedeutet nur einen hervorgehobenen Aspekt der betrieblichen Selbständigkeit, im wesentlichen kann sie auf zwei Themen beschränkt werden:

- a) die Frage des betrieblichen Einnahmensentzuges und die materielle Selbständigkeit des Betriebes, sowie
- b) die Sicherung der materiellen (finanziellen) Selbständigkeit des Betriebes bei Besteuerung.

Die Schaffung der betrieblichen Selbständigkeit ist das Ergebnis vielseitiger, wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Massnahmen, sie beinhaltet eine gewisse Form der freien betrieblichen Entscheidung, wobei ein gegenseitiger Zusammenhang der wirtschaftlichen, politischen



und rechtlichen Fragen beobachtet werden kann. Diese Massnahmen müssen aufeinander abgestimmt werden. Das Wesen der Frage ist: die Regelung eines einzigen Gebietes kann nicht den erwünschten Erfolg bringen und wenn das Entwicklungsniveau eines Gebietes – aus dem Gesichtspunkt der Selbständigkeit – zurückbleibt, verschlechtert dies die Wirkung der positiven Massnahmen auf anderen Gebieten. Die einstufige Regelung der Teilaufgaben kann aus dem Gesichtspunkt der Selbständigkeit als begründet betrachtet werden.

Die Selbständigkeit ist ohne entsprechende materielle Mittel unvorstellbar. Die betriebliche Einnahmensregelung, besonders aber das Steuersystem, das im Dienste der Entzugszielsetzung steht, müssen so ausgestaltet werden, dass die materiellen Voraussetzungen gesichert werden können. Diese Funktion wird durch den Staat in erster Linie mit Hilfe der Aufteilung und Besteuerung des betrieblichen Erfolgs gelöst, demzufolge entscheidet über die Verwendung von einem Drittel des betrieblichen Erfolges – wenn auch in rechtlich geregelter Rahmen – der Betrieb selbst. Aus dem betrieblichen Ergebnis gehört unmittelbar zur betrieblichen Entscheidung die Verwendung:

- des Reservefonds,
- des Anteilfonds,
- des Entwicklungsfonds.

Ausserdem bleiben bei dem Betrieb der Prämiefonds der Betriebsleiter, der eventuell gebildete besondere Reservefonds. Die Betriebsmittel können auch durch die Staatsanleihe und durch die staatliche Zuwendung ergänzt werden.

Der betriebliche Einnahmensentzug muss also gelöst werden, damit die materielle Selbständigkeit des Betriebes gesichert sei.

Diese Aufgabe lässt der Staat durch das System der Gewinnbesteuerung und der Gewinnaufteilung zur Geltung bringen. Je grösser der von dem Betrieb erzielte Gewinn ist, desto mehr bleibt bei dem Betrieb zur Verwendung aus eigener Entscheidung. Der Staat fördert also die weitere Stärkung des gut wirtschaftenden Betriebs. Wenn die betrieblichen Entscheidungen auf sicherer materieller Basis ruhen, tragen an Betriebe sie mehr Selbständigkeit. Die mit mehr Selbständigkeit getroffenen Entscheidungen sichern einen grösseren Raum für die privaten (betriebsleiterischen) Initiativen, die eine Quelle für die Befriedigung der gesamtsozialen Bedürfnisse bedeuten. Die Steigerung der materiellen Selbständigkeit stellt also eine neue Treibkraft in dem Dienst unserer Ziele. Deswegen sind die Massnahmen wichtig, die die Festigung der Tendenz fördern.

#### *h) Die Funktion der Steuern in der Regelung des persönlichen Einkommens*

Die Volkswirtschaftspläne der sozialistischen Länder – so auch dies unseres Landes – sichern die Erhöhung des persönlichen Einkommens im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Dieses Einkommen verkörpert sich in der Form direkter und indirekter Zuwendungen.

Die Regelung der Lohnerhöhung in der ersten Kategorie geschieht unterschiedlich in dem direkten und dem indirekten Lenkungssystem. In dem System der Plandirektiven erfolgte die Erhöhung dem Plan gemäss – mehr oder weniger – überall in der gleichen Masse. Zur Differenzierung und zur Prämien tanden dem Direktor so niedrige betriebliche Fonds zur Verfügung, dass die Besprechung dieses Fonds vernachlässigt werden kann.

In dem indirekten Lenkungssystem stehen dem Betrieb die erzielten betrieblichen Erfolge und das Ergebnis der laufenden Produktion zur Verfügung. Am Anfang hat man die Grössenordnung des in den Anteilfonds plazierten Gewinnanteils mit Hilfe verschiedener Lohnmultiplikationszahlen und gebundener Mittel festgestellt und man hat die unerwünschte Erhöhung der Löhne mit Hilfe der Lohnentwicklungseinzahlungen beschränkt. Nach der Einführung der freien Aufteilungsordnung für den aufteilbaren betrieblichen Gewinn in den Anteil- und Entwicklungsgewinnanteil sich die vorherige Lage.

- a) Einerseits hat man die Löhne und die Zuwendungen, die ausser dem Lohn geleistet wurden, getrennt. (Für dieses Letztere hat man den Wohlfahrts- und Kulturfonds zustande gebracht.)
- b) Man hat die Besteuerung jenes Gewinnanteils aufgehoben, der in den Entwicklungsfonds gelegt wird.
- c) Nach dem Gewinnanteil, der in den Anteilfonds gelegt wird, muss man eine progressive Gewinnsteuer zahlen und das System der Lohnentwicklungseinzahlungen besteht weiterhin.

Diese in 1976 eingeführte Regelung betreute die freie betriebliche Entscheidung mit der Aufteilung des nach der Reservefondsbildung zurückbleibenden Gewinnes in Anteil- und Entwicklungsgewinnanteile. Da die Freiheit die erkannte Notwendigkeit ist, wird diese freie betriebliche Entscheidung von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren sind unter anderem die Folgenden:

- die Grösse des von dem Betrieb erzielten Ergebnisses und des aufteilbaren Gewinnes,
- der Vorschlag des volkswirtschaftlichen Planes für die Realloohnerhöhung, die zu lösenden Aufgaben durch den betrieblichen Plan,
- die Arbeitskräftelage bei dem Betrieb und
- die Grössenordnung der durch die anderen Betrieben zu verwirklichenden Lohnentwicklung.

Ausser den aufgezählten Faktoren spielen eine Reihe von moralischen, politischen Gesichtspunkte eine Rolle, besonders der Kollektivgeist in dem Betrieb, die Treue zum Betrieb usw. Diese „freie“ Entscheidung ist recht determiniert. Unser Staat aber – die gesamtstaatlichen Interessen ausdrückend – will die Erreichung der Ziele auch auf Betriebsebene sichern. Im Dienste dieses Zieles stehen unter anderem die Regeln für die Lohnbildung und für die Verwendung der Lohnsumme. Diese doppelte Aufgabe wird von dem Staat so erfüllt, dass



- der Staat einen entsprechenden Gewinnanteil bei dem Betrieb lässt, indem dieser den Gewinn in zentralisierten und betrieblichen Teil aufteilt
- andererseits beschränkt der Staat die unerwünschte Erhöhung des Personaleinkommenfonds mit indirektem Mittel, mit der Steuer,
- der Staat besteuert – über einem gewissen Niveau – die Lohnentwicklung.

Bei dieser Regelung – wie wir schon früher darauf hingewiesen haben – behandelt der Staat die wirksameren Betrieben begünstigt, nicht nur bei der Bildung des Anteilfonds, sondern auch im Bezug auf die Lohnentwicklung. In beiden Fällen werden die Betriebe mit effektiverer Produktion begünstigt. Die Steuern erfüllen also eine Doppelfunktion: sie fördern die Bildung des Personaleinkommenfonds und schränken die Erhöhung der Auszahlungen auf ein unerwünschtes Niveau ein. Diese letztgenannte Aufgabe gehört schon zur folgenden, zu der einschränkenden Funktion der betrieblichen Steuern.

*i) Die unerwünschte Betriebstätigkeit einschränkende Funktion der Steuern*

Die Einkommensregelung und die Aufgaben der Einkommensregelung spielen nicht nur bei der Orientierung zur gewissen Tätigkeit eine Rolle, (also sie können nicht nur stimulieren und erlauben) sondern sie können gleichzeitig gewisse wirtschaftliche Schritte verboten. Die Verbote – verbunden mit der wirtschaftlichen Tätigkeit – können in direkter und indirekter und indirekter Form existieren. Die Verbote des nicht ausgesprochen rechtswidrigen Verhaltens (bzw. der rechtswidrigen Geldverwendungen) bringt der Staat in indirekter, finanzieller – besser gesagt steuerrechtlicher – Form den Betrieben zur Kenntnis.

Die Einschränkung bedeutet den Entzug des überdurchschnittlichen materiellen Kräfte. Die Geldverwendung in unerwünschter Richtung bedeutet also einen wirtschaftlichen Nachteil. Ein grösserer (im wesentlichen strafartiger) Entzug gibt den Betriebsleitern zu denken, und die Frage taucht auf, ob man das Vermögen des Betriebs wirtschaftlich genug behandelt hat.

Da die Betriebstätigkeit in erster Linie mit der Regulierung der Verwendung des Ergebnisses beeinflusst werden kann, befinden sich die beschränkenden Massnahmen auch auf diesem Gebiet. Mit Rücksicht darauf, dass die freie Entscheidung des Betriebs mit der Aufteilung des Gewinnes beginnt, muss man eine solche Wirkung auf den Betrieb ausüben, dass die Verwendung den gemeinsamen Interessen gemäss passieren soll. Der gesamtsoziale Anspruch fordert eine Aufteilung, die den betrieblichen Gegebenheiten entspricht. Dies bezieht sich auf die richtige Bestimmung sowohl des Entwicklungsgewinnanteils, als auch des Anteilgewinnanteils. Die soziale Grenze bei den Betriebsentwicklungen – mit Rücksicht auf die immer grösser werdenden Bedürfnisse, weiterhin darauf, dass die betrieblichen Quellen für die erwünschte Entwicklung weit hinter dem

Kostenaufwand zurückbleiben — man könnte sagen, dass der Sternenhimmel ist, deswegen muss man nach diesem Gewinnanteil — ausser der allgemeinen Gewinnsteuer — keine Sondersteuer zahlen. (Es ist eine andere Frage, dass einige Entwicklungen eine Steuer oder steuerartige Pflichten mit sich bringen können.)

Der Anteilgewinnanteil, der den persönlichen Verbraucherfonds erhöht, wird mit einer progressiven Gewinnsteuer belastet

- um die geplante Lebensniveaupolitik verwirklichen zu können,
- um die Erhöhung der betrieblichen Effektivität zu sichern und
- um den Entzug der Mittel von der Entwicklungszielsetzung zu verhindern.

Wie wir schon darauf hingewiesen haben, beeinflusst die Effektivität die Höhe der Steuer, wenn der Gewinn mehr als 4% der Lohnkosten erreicht. Falls es 2% nicht erreicht, ist die Steuer einheitlich 200%, darüber erhöht sich je 2% um 100%. Der höchste Steuersatz ist 800%. Eine 4–500 prozentige Steuer nach dem Gewinn in dem Anteilfonds bedeutet schon einen ersten materiellen Nachteil, die Betriebsleitung muss also eine Grenze ziehen, wobei die Übertragung des Gewinnes in den Anteilfonds sich noch lohnt.

Die beschränkende Massnahme des Staates kommt also in Form der hohen Steuerlast zur Geltung. Es ist aber nicht die einzige Steuerlast, womit man die Verwendung des betrieblichen Ergebnisses in die gute Richtung lenken will. Neben der progressiven Gewinnsteuer wird auch die lohnartige proportionelle Erhöhung des Gewinnes in dem Anteilfonds von dem Staat mit indirektem Mittel — mit den Lohnentwicklungseinzahlungen — geregelt.

Bei dem heitigen System der Lohnwirtschaft kann die Lohnentwicklung — aus dem Gesichtspunkt der Besteuerung — steuerfrei oder mit Lohnentwicklungseinzahlungen verwirklicht werden. Die steuerfreie Erhöhung kann in zwei Hauptformen durchgesetzt werden (wenn wir die eingehenden Regelungen nicht in Betracht nehmen):

- eine höchstens 3%-ige Erhöhung, verknüpft mit einem Arbeitskräfteabbau und
- zentralgenehmigt oder abhängig von den Kennzahlen des Lohnniveaus.

Im allgemeinen kann man feststellen, dass die Lohnentwicklung und die wirtschaftliche Effektivität miteinander verdungen sind. Wenn die Lohnentwicklung davon abweicht, muss man eine progressive Lohnentwicklungseinzahlung leisten. Diese Progression hat in allgemeinen eine Doppelwirkung, erhöht man nämlich die Löhne mit mehr als 3%, muss man ausser der Steuer eine Sondersteuer (d. h. eine doppelte Steuer) auf diesen Teil zahlen.

Die unerwünschte Erhöhung der Personaleinkommen schränkt also der Staat so ein, dass die Rolle der Regulierung sowie bei der progressiven Gewinnsteuer, als auch bei den Lohnentwicklungseinzahlungen stärker



ist, als bei den anderen Funktionen der Steuer. Bei den Lohnentwicklungseinzahlungen können wir behaupten, dass sie nicht nur als primäre, sondern beinahe als ausschliessliche Aufgabe auftaucht. Von dem Staat wird für ideal angesehen, wenn die betriebliche Lohnentwicklung aus steuerfreien Quellen verwirklicht werden könnten. Betrachtet mit Realität, so könnte es sich auf gesamtsozialer Ebene kaum verwirklichen. Die Betriebe müssen wegen der Zwangswirkung der Umstände (im Interesse des Betriebes, bzw. der Betriebsarbeiter) die Löhne – parallel mit der Steuerung – entwickeln, man kann also mit bestimmter Summe aus dieser Quelle als Steuereinnahme jeweils rechnen.

Die Lage ist die Gleiche bei solchen Einzahlungen die kein Steuer sind, aber doch haben eine regulierende Wirkung, wie z.B. die wirtschaftliche Geldstrafe oder die Geldstrafe wegen Luftverschmutzung. Bei den letzteren existieren objektive Gründe, so müssen wir bis zum völligen Übergang auf die modernen Technologien mit gewissem Umweltschmutz rechnen und gleichzeitig mit den damit verbundenen, vorgeschriebenen Verpflichtungen, während die Vermutung, dass die Einnahmen aus den wirtschaftlichen Geldstrafen weiterhin einfließen werden, basiert sich darauf, dass die Regeln der Wirtschaftung in dem komplizierten Regulationssystem des Wirtschaftslebens immer wieder absichtlich oder nachlässig verletzt werden, die eine Geldstrafe mit sich bringen können.

Zu dieser Gruppe kann man noch die Sodersteuer für Fahrzeuge mit Übergewicht, oder den auf einigen Gebieten eingeführten sogenannten Inbetriebhaltungszuschuss zählen. Diesen Zuschuss zahlt man nach dem Gebrauch solcher Maschinen, die auf 0 geschrieben wurden, oder in ideellen Wert von 100 Forint in Evidenz gehalten werden.

#### *j) Die Funktion der Steuern in der Finanzierung der Geldfonds der Räte*

Die am 1. Januar 1968 eingeführte Wirtschaftsreform veränderte die Finanzierungsordnung der Geldfonds der Räte. Es ist bekannt, dass es zwischen den Ratsaufgaben und den ausgesprochen einigen Quellen der Räte eine unüberbrückbare finanzielle Kluft gibt, die nur mit Hilfe des zentralen Staatsapparates gelöst werden kann, welcher Apparat die Aufgaben vorschreiben hat. Die Lage war vor 1968 ähnlich, eine Veränderung erfolgte in dem Sinne, dass die Regeln der indirekten Lenkung nicht nur auf die zentralen Betriebe und auf die industriellen Produktions- und Konsumgenossenschaften sondern auch auf die örtlichen Unternehmen erweitert wurden. Die einheitlichen Regler schufen auf diesen Gebiet einheitliche (und zentrale) Lenkung, dadurch verminderte sich „der Ratscharakter“ der örtlichen Unternehmen, und dadurch kamen sie unter Doppellenkung. Bei den Räten blieben die Gründungs- und gewisse Finanzrechte, die Gesamtheit der Wirtschaftung und die Wirksamkeit hängt aber von den zentralen Regeln ab.

Unter solchen Umständen musste das Regulationssystem des Rathbudgets so umgestaltet werden, dass dadurch die Erfüllung der Tätigkeits- und Entwicklungsaufgaben der Räte, bzw. die Kontinuität auf diesem Gebiet weiterhin gesichert wird.

2. Die Formen der Finanzbeziehungen zwischen den Betrieben und Räten studierend, kann man feststellen, dass diese die Folgenden sein können:

- direkte und
- indirekte, darüber hinaus können sie
- gespalten sein und
- sie können sich in den eigenen Einnahmen der Räte verkörpern.

Hinsichtlich des Mittelentzuges kann die Beziehung:

- Steuer und
- nicht steuerartig sein.

Es kann

- auf Rats- oder Betriebsentscheidungen, bzw.
- auf Zentralmassnahmen basieren.

Die *indirekte* Finanzbeziehung der Räte und Betriebe nehmen wir in dem Sinne an, dass die eigenen und gespaltenen Quellen der Räte zur Deckung der Ausgaben nicht genügt. Das Defizit wird durch Staatsbeitrag (oder Beitrag der Räte) zur Lasten dem Staatsbudget ergänzt. Mit Rücksicht darauf, dass die grosse Mehrheit der Staatseinnahmen aus den betrieblichen Einzahlungen stammt, — bildet also die Hauptquelle des Beitrags —, verknüpft sich auf indirekte Weise das betriebliche Finanzwesen (die Steuern) zur Ratsfinanzierung. Überweisen die Betriebe gewisse Pflichteinnahmen unmittelbar den Räten, so nennt man diese Fälle indirekte Beziehungsform (z.B. Grundstücknutzung- und Beanspruchungsgebühr).

Die Einzahlungen, die zur indirekten Beziehungsform gehören, sind — auf Ratsebene — eigene Einnahmen, während die gespaltenen Einnahmen man richtig lieber abgetretener Einnahmen nennt. (Die Beispiele sollen dafür die Gehaltsabgabe und die Produktionsfondsabgabe sein.)

Man kann den Begriff „Spaltung“ in zweierlei Sinne gebrauchen. Einerseits kann man von „Teilung“ zwischen den Zentralorganen und den Räten andererseits von der Spaltung zwischen Ratsbudgets und Entwicklungsfonds sprechen. (So z.B. 30% der Kommunalabgabe betrifft das Budget, 70% fliesst in den Entwicklungsfonds.) Für beide Arten der Spaltung ist charakteristisch, dass diese auf Zentralentscheidungen basieren.

Im allgemeinen ist eine steuerartige Beziehung bezüglich der Finanzbeziehungen zwischen den Räten und Betrieben charakteristisch (auch wenn einige Einzahlungsformen nur „als Steuer“ behandelt werden). Diese Beziehung kann auf Betriebs-, bzw. auf Ratsentscheidung basiert werden, um die Flexibilität der Wirtschaftung und die Lösung der örtlichen Aufgaben auf Grund gegenseitiger Interessen zu fördern. Ein Beispiel dafür: die Möglichkeit der gegenseitigen Abtretung der Entwicklungsmitteln. Diese letztgenannte Form der Geldbewegungen ist nicht von gros-



ser Bedeutung. Volumenmässig befinden sie sich an der Periferie des Finanzwesens.

*Zusammenfassend* können wir feststellen, dass man die Finanzierung durch die Räte so formuliert, dass sie sich an die betriebliche Bewirtschaftung knüpft, nicht zuletzt deswegen, weil man die gegenseitigen Interessen harmonisieren lassen und die Zusammenarbeit sichern will, (alle Betriebe gehören nämlich zum Zuständigkeitsgebiet eines Rates). Neben den Pflichtformen bietet aber die Art und Möglichkeit auch zur finanziellen Zusammenarbeit auf Grund unmittelbarer Entscheidungen, sie können Finanzmittel einander übergeben, sie können gemeinsame Investition verwirklichen (Kinderkrippe, Kindergarten).

### THE FUNCTIONS OF ENTERPRISE TAXES IN THE HUNGARIAN ECONOMIC MECHANISM

DR. JÁNOS TÓTH

A decisive condition for performing the economic, political, cultural and other tasks by the state is the availability of the appropriate material sources. The economic management system, which is based on the social ownership of the means of production determines the income structure of the state, the forms of income and the measure and methods of payment. 75% of the budgetary incomes in Hungary are taxes and 95% of this is paid by the enterprises.

The number of enterprise taxes have increased tenfold compared to 1957 and sixfold compared to 1967. In the same time the ratio of net profits remaining at the enterprises increased from 2–5% to 25–30%. Consequently the increase of the number of taxes is not due to the ratio of taken away sources, but rather to the fact that today the taxes are indirect means of the economic management, which reflects the state intentions by the measure of the taken away sources and this way they influence the enterprisa decisions. Compared to the earlier conditions the number of functions performed by taxes significantly increased. However they do not realize the economic political purposes by themselves, but together with the other means of economic management. (price structure, credit policy, establishment of enterprisa funds, etc.)

*In the framework of our paper we have examined the functions of enterprise taxes:* in securing the state income, in the economic management, in the realisation of interest relations, in the growth of economic effectiveness, in strengthening the foreign trade relations, in the development of enterprises, prevailing the enterprisa independence, in the regulation of personal incomes, in limiting the unfavourable enterprisa activities and in financing the councils.

### ФУНКЦИИ НАЛОГОВ С ПРЕДПРИЯТИЙ В БЕНГЕРСКОМ ХОЗЯЙСТВЕННОМ МЕХАНИЗМЕ

Д-Р ЯНОШ ТОТ

Предпосылкой выполнения экономических, политических, культурных и прочих задач, осуществляемых государством является то чтобы в распоряжении государства имелись в соответствующих масштабах ресурсы. Система управления хозяйством, основанная на общественном собственности средств производства предопределяет структуру государственных доходов, формы доходов, а также масштабы и методы уплаты взносов. Примерно 75 процентов которых взимаются с предприятий.

Количество различных налогов по сравнению с 1957 годом возросло в десять, а по сравнению с 1967 годом в шесть раз. В тоже время доля чистых доходов, остающихся на предприятиях возросла с 2–5 процентов до 25–30 процентов. Итак рост количества налогов объясняется не повышением доли изъятия доходов, а тем что налоги в настоящее время являются косвенными средствами хозяйственного управления, которые посредством своих масштабов являются носителями воли государства, и через это оказывают воздействие на решения отдельных предприятий. По сравнению с предыдущими отношениями значительно возросло число функций, выполняемых налогами. Но цели экономической политики осуществляются не только налогами, но также и другими средствами хозяйственного управления (система цен, кредитная политика, образование фондов предприятия и т. д.).

*В рамках нашей работы проводится исследование функций налогов с предприятий: в обеспечении государственных налогов, в хозяйственном управлении, в реализации отношений взаимных интересов, в повышении экономической эффективности, в укреплении внешнеторговых отношений, в развитии предприятий, в осуществлении самостоятельности предприятий, в регулировании личных доходов, в ограничении нежелательной деятельности предприятий и в финансировании местных советов.*